

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
an die Kommission**  
Artikel 144 der Geschäftsordnung  
**Hannah Neumann (Verts/ALE)**

Betrifft: Umweltauswirkungen infolge der grundlegenden Änderungen der Pläne für das Containerterminal Świnoujście

Die staatliche Verwaltung der Seehäfen Stettin und Swinemünde (ZMPSiS) hat im November 2025 bekannt gegeben, dass die Kooperation mit dem ursprünglich vorgesehenen belgisch-katarischen Konsortium beendet wurde. Begründet wird dies mit einer vom Infrastrukturministerium in Auftrag gegebenen Wirtschaftlichkeitsstudie, wonach sich die Investition in der bisherigen Planung erst nach 158 Jahren rentiere. Stattdessen sollen staatliche Unternehmen die vollständige Kontrolle über das Projekt übernehmen. Im Zuge der Neuplanung wurde das Projekt jetzt jedoch grundlegend verändert: Anstelle einer 80 Hektar großen Terminalfläche ist nun eine 186 Hektar große künstliche Halbinsel in der Ostsee vor Świnoujście (Kap Pomerania) vorgesehen. Diese massiven Änderungen werfen Fragen zur Gültigkeit der bisherigen Umweltverträglichkeitsprüfung auf.

- 1 Teilt die Kommission die Auffassung, dass angesichts dieser erheblichen Änderungen die bisherige Umweltgenehmigung ihre Gültigkeit verliert und eine grenzüberschreitende Neubewertung nach der UVP-Richtlinie erforderlich ist?
- 2 Wird die Kommission darauf hinwirken, dass eine Neubewertung auch kumulative Auswirkungen der Einzelprojekte (Fahrrinne, Hafenaufschüttung) berücksichtigt?
- 3 Da das Vorhaben laut der Äußerungen des polnischen Infrastrukturministerium nun ausschließlich wirtschaftlich begründet wird und nicht mehr mit nationalem Sicherheitsinteresse, hält die Kommission diese massiven Eingriffe in Natura-2000-Gebiete für gerechtfertigt?
- 4 Hat die polnische Regierung weitere EU-Fördermittel für das Projekt beantragt, die über FEnIKS-Mittel für die Fahrrinne hinausgehen?

Eingang: 17.11.2025